

Eigenkapital ist ein Hebel für mehr Wachstum

Ein Bündel von Maßnahmen soll Start-ups und KMU zu mehr Eigenkapital verhelfen und das Gründen erleichtern. Der Ball liegt bei der Politik.

RICHARD WIENS

WIEN. Im Sommer 2020, als man noch glaubte, die Pandemie im Griff zu haben, war von der Regierung und von Wirtschaftsforschern zu hören, man müsse Österreichs Unternehmen im Herbst einen Schub bei der Eigenkapitalausstattung verpassen, um eine Pleitewelle zu verhindern. Es kam bekanntlich anders, die Pandemie zog sich viel länger hin, an der Eigenkapital-schwäche hat sich nichts geändert.

Mit einer Verzögerung von mehreren Monaten tastet sich die Regie-

teilungs- und Risikokapitalgeber, der Jungen Wirtschaft und der Wirtschaftskammer erstellt. Dabei schlägt man fünf Maßnahmen vor: eine vereinfachte Form der Mitarbeiterbeteiligung, eine neue Rechtsform, einen Beteiligungsfreibetrag, einen staatlichen Eigenkapitalfonds sowie einen Dachfonds als Sammelbecken für Eigenkapital von institutionellen Investoren.

Mit einem Beteiligungsfreibetrag ließe sich privates Kapital mobilisieren, das in Österreich ungenutzt auf Sparbüchern liege, sagt Wutscher. Vorgeschlagen wird ein Freibetrag von mindestens 100.000 Euro, der über fünf Jahre von der Einkommensteuer abgesetzt werden kann. Davon könnten KMU profitieren, weil es sich um ein niederschwelliges Instrument für private Investoren handle. Die Ausfälle im Steuerantrag würden durch mehr Wertschöpfung im Lauf von sieben Jahren kompensiert.

Um darüber hinaus Kapital lukrieren zu können, sollte ein Dachfonds geschaffen werden. Dabei würden institutionelle Investoren (Banken, Versicherer, Pensionskassen, Stiftungen) Anleihen von Emittenten kaufen. Diese würden in den Kauf von Dachfondsanteilen investieren, der mit einer Garantie des Bundes und der Europäischen Investitionsbank für den Verlust der ersten 40 Prozent ausgesetzt wäre.

Für die Garantie würde ein Entgelt bezahlt, sagt Wutscher. Der Dachfonds mit einem Volumen von 300 bis 500 Mill. Euro würde dann in Fonds mit verschiedenen Anlagestrategien investieren, an denen sich weitere Privatinvestoren beteiligen könnten. Die dort erwirtschafteten Mittel würden Start-ups und KMU als Eigenkapital bereitgestellt.



Bild: Shutterstock - iStockphoto.com



„Man muss privates Kapital mobilisieren.“
Werner Wutscher,
Start-up-Investor

rung nun an eine Linderung des Problems heran. Vor wenigen Tagen stellte Finanzminister Gernot Blümel in Aussicht, dass man die Kosten für Fremd- und Eigenkapital gleichstellen und Zinsen für fiktives Eigenkapital ebenfalls steuerlich absetzbar machen will.

„Das begrüßen wir vorbehaltlos, jede Maßnahme hilft“, sagt Start-up-Investor Werner Wutscher, Vorstandsmittglied der Austrian Angel Investors Association (AAIA). Aber dabei dürfe es nicht bleiben, wenn Österreich die chronische Schwäche bei der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen beseitigen wolle. Dafür sei ein ganzheitliches Konzept entlang des Lebenszyklus von der Gründung bis zum Börsengang nötig, sagt Wutscher. Ein solches hat die AVCO-up-Stzene gemeinsam mit der Start-up, der Vereinigung der

Gern sähe man es auch, wenn aus einer staatlichen Hilfe in der Pandemie eine nachhaltige Maßnahme zur Eigenkapitalförderung würde. Gemeint ist der Covid-Start-up-Hilfsfonds, bei dem der Staat im Ausmaß des Kapitals, das ein privater Investor bereitstellte, ein Darlehen gewährte. Dieses muss bei Erreichen der Gewinnzone zurückgezahlt werden. Das habe hervorragend funktioniert, sagt Wutscher, man habe binnen sehr kurzer Zeit 100 Mill. Euro Kapital mobilisiert.

Man wolle aber auch bei den Mitarbeitern ansetzen, sagt Wutscher. Viele Start-ups hätten Probleme, technikfähige Talente zu finden, den KMU fehlten die Facharbeiter. Ein einfach gestaltetes Modell der Mitarbeiterbeteiligung würde beim Anwerben von Personal helfen, vor allem Start-ups, die keine marktkonformen Gehälter zahlen, aber Geschäftsanteile anbieten können. Um Mitarbeiter, Gründer und Investoren gleichzustellen, sollten Erträge erst beim Ausstieg mit dem reduzierten Kapitalertragssteuersatz von 27,5 Prozent besteuert werden.

Die Krise werde es auch nötig machen, Unternehmen zu restrukturieren, Partner hereinzunehmen oder Kapital zu erhöhen. Um leichter gründen und umgründen zu können, sollte die damit verbundene Bürokratie entmüllt und eine neue Rechtsform geschaffen werden. Dafür gebe es eine Arbeitsgruppe im Justizressort, zwei Varianten stehen zur Debatte. Eine Personengesellschaft und eine Kapitalgesellschaft mit geringeren Formvorschriften. Das betreffe die Gründung, die Stammeinlage, Kapitalerhöhungen, aber auch das Übertragen von Anteilen. Man müsse sich vom Formzwang, vieles könne man digital erledigen, sagt Wutscher.

Wie reagiert die Politik? Die Ideen würden diskutiert, vor allem mit dem Finanzministerium, aber die Zeit dränge. Im Herbst werde eine Debatte über die Programme zum Wiederaufbau einsetzen. Der Staat sei mit der Finanzierung überfordert, eine Schlüsselfrage sei daher, ob es gelinge, private Investoren ins Boot zu holen, sagt Wutscher. „Das wäre ein Gebot der Stunde.“

Gewessler will von OMV mehr Klimaschutz

Neuer Chef Alfred Stern muss sich „von altem Denken lösen“.

WIEN. Der scheidende OMV-Chef Rainer Seele zog bei der Hauptversammlung am Mittwoch eine positive Bilanz seines Wirkens. Er habe „das 2015 in Schiefelage geratene Unternehmen nicht nur stabilisiert, sondern auf Erfolgskurs gebracht“, sagte er. Man habe das Portfolio umgebaut, die Produktion gesteigert, Kosten gesenkt und die OMV zu Rekordergebnissen geführt. Mit der Akquisition des Kunststoffkonzerns Borealis 2020 habe man eine strategische Weichenstellung in Richtung Chemie und Kreislaufwirtschaft vorgenommen.

Am Dienstag hatte die OMV den ehemaligen Chef der Chemietochter Borealis und jetzigen OMV-Vorstand Alfred Stern (56) ab September zum Nachfolger von Rainer Seele bestellt.

Umweltministerin Leonore Gewessler mahnte die OMV zu mehr Bewusstsein für Klimaschutz. „In Zukunft wird sich kein Geld mehr mit den fossilen Energieträgern verdienen lassen. Die OMV darf sich hier nicht von altem Denken bremsen lassen und muss mutig neue Weichen in Richtung mehr Klimaschutz stellen“, so die Ministerin. Umweltschützer kritisieren OMV-Aktivitäten als „Greenwashing“.

SN, APA

Erdöl so teuer wie seit Jahren nicht

SINGAPUR. Die Ölpreise haben am Donnerstag den höchsten Stand seit Jahren erreicht. Ein Fass (159 Liter) der Nordseesorte Brent legte 64 Cent auf 71,99 Dollar zu, der höchste Stand seit Mai 2019. Ölpreise steigen, da die Nachfrage wegen der Wirtschaftserholung anzieht. Im März 2020 war der Brent-Preis auf 15,98 Dollar gesackt. Der Preis für ein Barrel der Sorte West Texas Intermediate (WTI) kletterte um 57 Cent auf 69,40 Dollar. Teurer war die Sorte zuletzt im Herbst 2018.

SN, dpa-APX

EU verlängert die Lizenz zum Schuldenmachen bis 2023

BRÜSSEL. Die EU-Staaten sollen auch 2022 freie Hand zum Schuldenmachen haben und ihre Wirtschaft bei der Erholung von der Coronakrise unterstützen. Europas Schulden- und Defizitregeln werden erst 2023 wieder in Kraft gesetzt, sagte EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis am Mittwoch. Die Brüsseler Behörde leide ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen im sogenannten Europäischen Semester vor. Die angestrebte enge Verzahnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sei beim Weg aus der Krise besonders wichtig.

„Wir kommen an eine entscheidenden Punkt für unsere Wirtschaft“, sagte Dombrovskis. Die Aussichten hätten sich verbessert, der Aufschwung stehe vor der Tür.

Die Wirtschaftshilfen dürften aber nicht zu früh zurückgefahren werden. Die Fiskalpolitik sollte sowohl 2021 als auch 2022 unterstützend bleiben. Der Corona-Aufbaufonds RRF mit 672,5 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen und Krediten soll helfen. Er werde bis Ende 2022 einen Impuls im Umfang von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts setzen und dazu beitragen, 800.000 neue Jobs zu schaffen. Die EU-Staaten sollten diese Mittel gut nutzen, zumal sie nicht auf die nationale Verschuldung angerechnet würden. Der Stabilitäts- und Wachstums-pakt – maximal drei Prozent Haushaltsdefizit und 60 Prozent Verschuldungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – war wegen der Pandemiekrise ausgesetzt.

SN, dpa

KURZ GEMELDET

Fleischkonzern JBS von Hackern lahmgelegt

RIO DE JANEIRO. Der weltgrößte Fleischkonzern JBS war nach einem Angriff mit Erpressungs-Software mehrere Tage außer Betrieb. Am Donnerstag liefen auch die Werke in den USA wieder mit voller Kapazität, teilte der brasilianische Konzern mit, darunter die gesamte Schweinefleisch- und Geflügelproduktion. Die Urheber der Attacke werden in Russland vermutet. Bei solchen Angriffen werden Computer verschlüsselt, die Angreifer verlangen Lösegeld.

SN, dpa

Alitalia kann Gehälter nicht mehr ausbezahlen

ROM. Die Alitalia ist nicht in der Lage, ihren Mitarbeitern die zweite Hälfte des Mai-Gehalts zu zahlen. Die Airline habe noch nicht den von Regierung und EU-Kommission genehmigten Betrag von 100 Mill. Euro erhalten, um die zweite Hälfte zu zahlen, sagte Regierungskommissar Gabriele Fava. Alitalia brauche dringend weitere Finanzierungen, die Lage sei „dramatisch“. Der erste Teil der Gehälter war am 27. Mai überwiesen worden. 2020 brachte Alitalia Einnahmen von 2,6 Mrd. Euro auf 590 Mill. Euro ein.

SN, APA

Doppelmayr baut Seilbahn in Paris

PARIS. Der Voralberger Seilbahnbauer Doppelmayr realisiert ein urbanes Seilbahnprojekt in Paris. Bis 2025 soll eine 4,5 Kilometer lange Seilbahn namens „Cable A“ entstehen, schreibt wirtschaftspresseagentur.com unter Berufung auf das Unternehmen. Das Gesamtvolumen des Projekts belaufe sich auf rund 110 Mill. Euro. „Cable A“ wird südöstlich des Stadtzentrums beziehungsweise nördlich des Flughafens Paris-Orly platziert, die fünf Stationen sind direkt an öffentliche Verkehrsmittel angeschlossen.

SN, APA

GOLDSPARPLAN AB € 50,- PRO MONAT

DAT – EINE MARKE DER BANKRAUS SCHEDERMAN & SCHRIEBER AG. NEHM AUF DAT – (Marketingteilung)

DAT BANK